

Dr. Winfried Schorre von allen Ämtern zurückgetreten

Vertreterversammlungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung am 4. Dezember 1999 und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein am 27. November 1999 – Scharfe Kritik an Gesundheitsreform

von Frank Naundorf

Völlig überraschend hat Dr. Winfried Schorre, Erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo), am 4. Dezember 1999 seinen Rücktritt von allen Ämtern erklärt. Am Ende der Vertreterversammlung (VV) der KBV in Köln sagte Schorre, „ausschließlich persönliche Gründe“ hätten zu diesem Entschluß geführt.

In seiner kurzen Abschiedsrede, die von weiten Teilen der VV und vom KBV-Vorstand mit Bewegung aufgenommen wurde, bat Schorre ausdrücklich darum, nicht weiter „auf Motivsuche“ zu gehen. Er betonte, keinesfalls aus politischen Gründen resigniert zu haben. „Ich resigniere nie“, sagte er.

Schorre strebt nach eigenen Worten keine weiteren Ämter an – weder in der Berufspolitik noch in der Gesundheitspolitik. Der 58jährige niedergelassene Psychiater aus Köln hatte das Amt des KV-Vorsitzenden in Bund und Land seit 1993 inne. Seine berufspolitische Laufbahn begann in Nordrhein 1989 als Vorstandsmitglied und Stellvertreter der Vorsitzender der KVNo (*siehe hierzu auch Seite 7*).

Satzungsgemäß werden die Geschäfte des Vorsitzenden zunächst von den Stellvertretenden Vorsitzenden weitergeführt. Dies ist in Nordrhein Dr. Leonhard Hansen und auf Bundesebene Dr. Eckhard Weisner aus Schleswig-Holstein. Auf einer VV am 15. Januar 2000 wird der neue KBV-Vorsitzende ge-

wählt; der KBV-Vorstand nominierte den Berliner Urologen Dr. Manfred Richter-Reichhelm als Nachfolger Schorres.

Scharfe Abrechnung mit der Regierung

In seinem Bericht zur Lage zu Beginn der KBV-Vertreterversammlung hatte Schorre scharf mit der Gesundheitspolitik der Bundesregierung abgerechnet. Die chaotischen Umstände, unter denen die Gesundheitsreform nun durchgesetzt werde, seien nach seinem Verständnis „unvereinbar mit den Grundsätzen einer Demokratie“. Doch trotz des totalen Scheiterns der Gesundheitsreform 2000 im Bundesrat setze die Regierung mit dem zustimmungsfreien Restgesetz eine strikte Budgetierung durch und drohe mit massiven Regressen.

Dabei sei es Taktik der Gesundheitsministerin, zu behaupten, daß sie den Sicherstellungsauftrag der KVen nicht tangieren wolle. Die Regelungen zur Integrationsversorgung machten jedoch Einkaufsmodelle ohne das Einvernehmen mit

den KVen möglich, was zur Auflösung des Sicherstellungsauftrages führe.

„Wir haben durch unser eigenes Verhalten dazu beigetragen, daß man so mit uns umgeht“, kritisierte Schorre. Die Schwächung ihrer eigenen Position habe die Ärzteschaft mitverursacht durch öffentlich ausgetragene interne Streitereien und das Anbieten einzelner Gruppen an die Politik. Der KBV-Vorsitzende schloß mit dem eindringlichen Appell, endlich mit den Kleinkriegen untereinander sowie gegen die KV aufzuhören. „Die Ärzteschaft muß angesichts verschärfter Bedingungen die Selbstdisziplin und Kraft aufbringen, die Chancen zur inneren Reformierung zu nutzen, um als kraftvolle, geschlossene, für die Gesellschaft wichtige Gruppe einem unverständigen Gesetzgeber sinnvolle Neuregelungen und Weiterentwicklungen abzutrotzen.“

Weg frei machen für Neuanfang!

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution zur Gesundheitsreform 2000. Die VV der KBV fordert die Bundesregierung darin auf, den Weg frei zu machen für einen grundlegenden Neuanfang in der Gesundheitspolitik. Denn mit dem jetzt vorliegenden Entwurf werde nur die strukturpolitisch verfehlte Budgetierungspolitik in verschärfter Form fortgesetzt. Außerdem drohe die flächendeckende Versorgung in eine Vielzahl krankenkas-



Völlig überraschend ist Dr. Winfried Schorre aus ausschließlich persönlichen Gründen von allen Ämtern zurückgetreten.

Foto: Archiv

senbezogener Versorgungssysteme zersplittert zu werden.

Nach Worten von Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und der Ärztekammer Nordrhein, ist die Beseitigung des Globalbudgets lediglich als Teilerfolg zu werten. Die Fortsetzung der sektoralen Budgetierung erfordere die Fortsetzung der Arbeit im „Bündnis Gesundheit 2000“.

Nach der Analyse von KBV-Hauptgeschäftsführer Dr. Rainer Hess bedeutet die Budgetierung für die Vertragsärzte, daß ihre Honorarsumme im Jahr 2000 nur um 1,4 Prozent wächst, womit noch nicht einmal die Inflation ausgeglichen würde.

Freizügigkeit erzwingen?

Schorre plädierte für ein „Optionsmodell Europa“: Wenn die Politik der Reglementierung fortgesetzt werde, müsse die Freizügigkeit für Patienten erzwungen werden – zur Not unter Einschaltung des Europäischen Gerichtshofes. Nach Ansicht des KBV-Vorsitzenden hat die Bundesregierung bei der Gestaltung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versagt: „Deswegen muß es auch in Deutschland ein sinnvolles Nebeneinander von Sachleistung und wählbarer Kostenerstattung geben.“

Harsche Kritik wurde auch an den Arzneimittelbudgets laut. Die Vertreter forderten einen Verzicht auf die Kollektivregresse, die den Vertragsärzten beim Überschreiten der Arzneimittelbudgets 1999 drohen. Nach KBV-Hochrechnungen überschreiten 20 der insgesamt 23

KVen die Arznei- und Heilmittelbudgets 1999. Statt der kollektiven Regressierung sollten individuelle Wirtschaftlichkeitsprüfungen auf der Basis von Richtgrößen durchgeführt werden.

Aktionen gegen Budgetierung

Die Ärzteschaft müsse fortfahren, die „bankrotte Politik“ öffentlich zu brandmarken, hatte Schorre bereits bei der Vertreterversammlung der KV Nordrhein am 27. November in Köln gefordert. Vor allem das Arznei- und Heilmittelbudget gebe dafür Anlaß genug. So werde in Nordrhein das Budget Mitte Dezember erschöpft sein. Für den Tag X bereite die KVNo „geeignete Aktionen“ vor, die öffentlich deutlich markieren würden, daß eine innovative Arznei- und Heilmitteltherapie unter den gegenwärtigen gesetzlichen Bedingungen nicht mehr möglich sei.

Wie katastrophal sich die strikte Durchsetzung der Beitragssatzstabilität auswirken könnte, verdeutlichte Schorre am Beispiel der psychotherapeutischen Leistungen in Nordrhein.

So werde das Budget für diesen Bereich Ende 1999 auslaufen mit der Konsequenz, daß diese Leistungen künftig aus der gedeckelten Gesamtvergütung zu bezahlen seien. Die notwendigen Mittel zur Finanzierung dieses Versorgungsbereichs würden von den Krankenkassen jedoch nicht zur Verfügung gestellt.

„Wir werden nicht hinnehmen, daß die Ärzteschaft die defizitäre Psychotherapie subventioniert“, erklärte Schorre. Er kündigte an, das bei Verabschiedung des Psychotherapeutengesetzes gemachte Ver-

sprechen einzufordern, daß der zusätzliche Leistungsbedarf durch die Integration der psychologischen Psychotherapeuten durch zusätzliche Mittel der Kassen finanziert werde.

Mit großer Mehrheit beschlossen die nordrheinischen Vertreter, die Pathologen ab dem 1. Oktober 1999 von der Individualbudgetierung des Honorarverteilungsmaßstabes (HVM) auszunehmen. Darüber hinaus wurden lediglich einige redaktionelle Änderungen verabschiedet.

Den neuen HVM im Wortlaut finden Sie auf den Seiten 58-73 dieser Ausgabe.

Alle weiteren Anträge auf Modifizierung des HVM wurden an den HVM-Ausschuß überwiesen. Die VV folgte damit einem Antrag Schorres, der gebeten hatte, den HVM weitgehend unverändert zu lassen.

Haushalt 2000 verabschiedet

Verabschiedet wurde auch der Haushaltsplan der KVNo für das Jahr 2000. Er wird nach Worten von KVNo-Hauptgeschäftsführer Bernd Brautmeier ein Volumen von 199 Millionen DM haben. Der Verwaltungskostensatz bleibt konstant: 2,2 Prozent für Diskettenabrechner und 2,3 Prozent für konventionell abrechnende Mitglieder.

Im Haushalt 2000 vorgesehen sind auch Mittel für den Erwerb eines Grundstückes in Düsseldorf, auf dem das „Haus der nordrheinischen Ärzteschaft“ entstehen soll. Dieses Gebäude soll gemeinsam mit der Ärztekammer, der Ärzteversorgung und der Akademie für Fort- und Weiterbildung in Nordrhein gebaut und bezogen werden. Mit der Verabschiedung des Haushaltsplans gab die VV grünes Licht für den Neubau, der bereits im Frühjahr 2003 bezogen werden könnte.

Johannes-Weyer-Medaille für Dr. Norbert Brenig

Für sein berufspolitisches Engagement wurde Dr. Norbert Brenig mit der Johannes-Weyer-Medaille der nordrheinischen Ärzteschaft geehrt. Der HNO-Arzt aus Bonn ist unter anderem seit 1977 Mitglied der VV der KVNo; im gleichen Jahr wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisstelle Bonn der KVNo gewählt, seit 1988 ist er deren Vorsitzender. Am 16. November 1999 erhielt er für sein Wirken das Bundesverdienstkreuz am Bande. In der Laudatio würdigte Dr. Winfried Schorre vor allem Brenigs soziales Engagement, das er seit mehr als 20 Jahren als Fürsorgebeauftragter des Ärztlichen Hilfswerkes der KVNo für die Kreisstelle Bonn an den Tag legt. Brenig verband seinen Dank für die Auszeichnung mit einem Wunsch: Die Ärzteschaft möge das Auseinanderdriften beenden und wieder zu einem Miteinander finden.

nau